

Schlussbetrachtung

Lange Zeit stand bei der Forschung über die deutsch-jüdischen Vereine die Frage nach ihrer ideologischen Ausrichtung und Reaktion auf die Gefahren des Nationalsozialismus im Zentrum des Interesses. Dies galt insbesondere für den *Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens*, der – je nach Schwerpunktsetzung – als „Abwehrverein“ gegen den Nationalsozialismus, „Gesinnungsverein“ für das jüdische Leben in Deutschland oder Hort der Pflege von Deutschtum und Judentum gewertet wird. Dieser Fokus verstellt jedoch den Blick auf die Tatsache, dass sämtliche deutsch-jüdischen Vereine – allen voran der CV, aber auch der *Verein der deutschen Juden*, der *Reichsbund jüdischer Frontsoldaten* und der *Jüdische Frauenbund* – die Überzeugung teilten, dass es, trotz gegenteiliger Proklamationen, zu einer politischen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung deutscher Juden weder 1914 noch 1918 gekommen war. Vor diesem Hintergrund fragte diese Untersuchung weniger nach der ideologischen Ausrichtung der Vereine, sondern richtet ihr Interesse auf ihre Funktion als Auskunft- und Beschwerdestelle. Im Mittelpunkt stand somit die Frage, wie deutsch-jüdische Vereine auf die zahlreichen Erwartungen reagierten, die ihre Mitglieder an sie richteten, wie sie diese beeinflussten und wieweit sich dieser Austausch auf die Selbstkonzeption der Vereine auswirkte. Die Untersuchung unterschiedlicher Kommunikationsräume, in denen diese Aushandlungsprozesse stattfanden, ebenso wie der Untersuchungszeitraum, der sich vom Ersten Weltkrieg bis zum Verbot nach dem Novemberpogrom 1938 erstreckt, sollte es dabei erlauben, nach Divergenzen, Kontinuitäten und Brüche im Erwartungsmanagement deutsch-jüdischer Vereine zu fragen. Aufgrund dieser Herangehensweise kommt die vorliegende Studie zu drei zentralen Schlüssen.

Das Austarieren von „großen Erwartungen“ und „großen Enttäuschungen“

Wenn heute auch umstritten ist, welche Folgen die „Judenählung“ im Erfahrungsraum jüdischer Soldaten einnahm, wirkte sie sich maßgeblich auf das Erwartungsmanagement deutsch-jüdischer Vereine aus. Wenig Zweifel besteht darüber, dass die jüdische Presse zu Beginn des Ersten Weltkrieges einstimmig ihre Leser zu einer, wie auch immer gearteten Beteiligung am Kriegsgeschehen aufrief. Allerdings setzten zeitgleich Maßnahmen, wie die möglichst umfassende statistische Erhebung über die jüdische Kriegsbeteiligung, ein, die – falls später einmal notwendig – den Einsatz der jüdischen Minderheit belegen sollten. Darüber hinaus waren CV und VdJ frühzeitig durch Feldrabbiner und Soldaten darüber informiert, dass das „Kaiserwort“ in Bezug auf die jüdische Gleichstellung und die fortgesetzte Agitation radikaler Antisemiten seine Grenzen hatte. Auf den Seiten der IdR kamen diese Entwicklungen, nicht zuletzt aufgrund des postulierten „Burgfriedens“ lediglich in vereinzelt Notizen zum Ausdruck. Die Anordnung

zur „Judenzählung“ traf das deutsche Judentum gleichsam unvorbereitet. Während Vertreter von CV und VdJ mit dem Kriegsministerium über eine Rücknahme, Ergänzung oder zumindest eine öffentliche Stellungnahme gegen die Anordnung verhandelten, richteten sich die empörten und enttäuschten Reaktionen über die Anordnung zunehmend auch gegen die deutsch-jüdischen Vereine. Mitglieder wie Privatpersonen erwarteten von CV und VdJ eine öffentliche Verurteilung der Zählung. Dies wurde jedoch aus strategischen Gründen von beiden Vereinsführungen abgelehnt.

Die ausbleibenden Reaktionen auf die Zählung – abgesehen von den wenig aussagekräftigen Äußerungen Kriegsministers von Stein – hatte zwei Folgen: Zum einen diente der Verweis auf die „Judenzählung“ bald unabhängig von ihren konkreten Folgen als emotional aufgeladene Chiffre, in der sich sämtliche negative Erfahrungen des Kriegserlebnisses bündeln ließen. Damit bildete sich bereits vor Kriegsende der Dreischritt des jüdischen Kriegsnarrativs – große Erwartung zu Kriegsbeginn – große Enttäuschung durch die „Judenzählung“ – Bewusstseinswandel – heraus.

Zum anderen zogen auch die deutsch-jüdischen Organisationen unmittelbare Konsequenzen aus der Tatsache, dass offenbar die zu Kriegsbeginn gehegten Hoffnungen maßgeblich zur Enttäuschungserfahrung der „Judenzählung“ beigetragen hatten. Diese Beobachtung wirkte sich maßgeblich auf den Seiten von IdR und später CVZ aus: von nun an gehörte das Dämpfen von Erwartungen und der Verweis auf die Gefahren des Antisemitismus ebenso zum Repertoire der Berichterstattung wie die Forderung, jeder Resignation entgegenzuarbeiten und wahlweise an einen „illusionslosen“, „tatkraftigen“ oder „jüdischen“ Optimismus zu appellieren. Dieses Nebeneinander hat sich der Forschung oftmals als publizistisches Paradoxon dargestellt und konnte – gerade bei der Analyse der „Wahl- und Krisenjahre“ –, je nach interpretatorischem Bedarf als Schönfärberei, Schwarzseherei oder Hellsichtigkeit gewertet werden. Dabei bildete das Hervorheben negativer Berichte bei einem gleichzeitigen Propagieren positiver Arbeit einen integrativen Bestandteil des öffentlichen Erwartungsmanagements des CV.

Die Erwartungen der Mitglieder – Selbst- und Fremdführung

Die Notwendigkeit der Erwartungsdämpfung kennzeichnete auch den vereinsinternen Austausch. Dies lag zum einen an den zahlreichen, häufig widersprüchlichen Wünschen, Eingaben und Forderungen, die sich mit den Einsendungen an den Verein verbanden. Darüber hinaus finden sich gerade für die Zeit der Weimarer Republik für beinahe jeden Bericht, der sich über eine antisemitische Erfahrung beklagte, auch eine Darstellung, die eine derartige Erfahrung zwar nicht verneinte, sie jedoch als durchaus zumutbar beschrieb. Insbesondere am Beispiel der Aushandlungsprozesse über die vom CV herausgegebenen Bäderlisten, wurden dabei die Versuche der unterschiedlichen Akteure sichtbar, die Selbstführung im Umgang mit antisemitischen Erfahrungen auch auf den Verein zu übertragen. Für die Reaktionen und Bewältigungsstrategien, die der CV jeweils offerierte,

spielte diese unterschiedliche Wahrnehmung durchaus eine Rolle. Von größerer Bedeutung war jedoch, dass für eine Ahndung der geschilderten Vorfälle keinerlei verlässliche, rechtliche Handhabe existierte, die ein erfolgreiches Vorgehen garantiert hätte. Dementsprechend beschränkten sich die Auskünfte des CV auf Verhaltens- und Gefühlsempfehlungen, die von dem Anraten, bestimmte Erfahrungen nicht zu ernst zu nehmen, bis zur Forderung nach einem selbstbewussteren Auftreten reichten.

Folglich kam dem Austausch mit Mitgliedern bereits vor 1933 häufig eine „seelsorgerische“ Funktion zu. Konkrete Handlungsmöglichkeiten standen nicht zur Verfügung, der Verein wurde vielmehr als Ort der Aussprache, Kritik und Rückversicherung über die eigene Position wahrgenommen. Dieser „seelsorgerische“ Charakter verstärkte sich deutlich nach 1933, als auch der bisherige Handlungsspielraum des CV sich immer mehr verkleinerte. Während die Frage nach einem angemessenen Umgang mit antisemitischen Erfahrungen unter einem Regime, das den Antisemitismus zur Staatsdoktrin erhoben hatte, zunehmend obsolet schien, verschob sich auch der Fokus der vereinsinternen Diskussion. Die widerstreitenden Einschätzungen über den Umgang mit dem NS-Regime, die frühen Forderungen nach einer verstärkten Berichterstattung über Palästina und die philosophische Auseinandersetzung über „Deutschtum und Judentum“ verdeutlichten dabei nicht nur das breite Meinungsspektrum, das die Mitglieder des CV vertraten. Es zeigt auch, dass der CV zur Aufrechterhaltung des Kontakts mit seinen Mitgliedern durchaus bereit war, die eigene ideologische Flexibilität deutlich zu erhöhen und so die Möglichkeit der Fremdführung aufrechtzuerhalten.

Der Blick auf die nichtjüdische Gesellschaft

Um zu rekonstruieren, wie Vertreter und Mitarbeiter des CV die nichtjüdische Gesellschaft und deren Haltung zur jüdischen Minderheit wahrnahmen, sind in der vorliegenden Studie die Erwartungen hinterfragt worden, die sich mit der Aufklärungsarbeit verbanden. Der Verweis auf die Verbundenheit mit Deutschland, Deutschtum und den „anständigen“ Deutschen hatte, trotz aller ideologischen Abweichungen, immer eine zentrale Rolle in der öffentlichen Darstellung des CV gespielt. Gerade im vereinsinternen Austausch und bei der Organisation der Aufklärungsveranstaltungen konnte die Studie dagegen herausarbeiten, wie niedrig die Erwartungen waren, die sich mit einer „Aufklärung“ der nichtjüdischen Gesellschaft verbanden. Eine ähnlich niedrige Erwartungshaltung verband sich mit der Aussicht auf eine Unterstützung von nichtjüdischer Seite bei der Abwehr des Antisemitismus. Dabei zeigte sich an der Verwendung von Begriffen wie „Asemitismus“ und „Kryptoantisemitismus“, wie deutlich die jüdische Minderheit die vermeintlich „verdeckten“, latenten antisemitischen Einstellungen in der Mehrheitsbevölkerung wahrnahmen.

Gerade die Frauengruppen des CV und Vertreterinnen des JFB stellten in diesem Zusammenhang immer wieder fest, dass sich allein aus ihrer Mitarbeit in interkonfessionellen Frauenverbänden nicht notwendigerweise eine Überwin-

dung antisemitischer Stereotype ergab. Und auch die Aufklärungsveranstaltungen von CV und RjF, deren Erfolg auf den Seiten der vereinseigenen Publikationen immer wieder hervorgehoben wurde, machten vor allem die Grenzen deutlich, die deutsch-jüdische Vereine bei ihrem Kontakt mit der nichtjüdischen Umwelt gleichsam antizipierten. Die Erklärungen hierfür waren seitens der Vereine vielfältig: Die Vergiftung durch die nationalsozialistische Propaganda, die Unkenntnis über jüdische Belange – die allgemeine Wirtschaftslage. Derartige Interpretationen zum Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung endeten zumeist mit dem Appell, sich notwendigerweise an der Aufklärungsarbeit des CV, des RjF und auch des JFB zu beteiligen. Sie können jedoch gleichsam als vorweggenommene Warnung betrachtet werden, die Erwartungen an einen Austausch mit der nichtjüdischen Bevölkerung nicht zu hoch zu stecken.

Vor diesem Hintergrund lassen sich schließlich auch die Berichte lesen, die bei der CV-Zentrale seitens der Ortsgruppen und Landesverbände nach 1933 eingingen und die von der immer isolierteren Position jüdischer Deutscher, gerade in kleineren Gemeinden berichteten. Auch hier fehlte nicht der Verweis darauf, dass ein großer Teil der nichtjüdischen Bevölkerung sich nur widerwillig und ängstlich den Anordnungen der neuen Machthaber füge.

Historiker führen weiterhin eine Auseinandersetzung darüber, inwieweit die nationalsozialistische Judenverfolgung von der deutschen, nichtjüdischen Bevölkerung akzeptiert, verurteilt oder indifferent betrachtet wurde. Die vorliegende Studie, die auch explizit nach der Wahrnehmung der nichtjüdischen Gesellschaft durch deutsch-jüdische Vereine gefragt hat, eröffnet einen anderen Blick auf diese Kontroverse. Die internen Berichte, die der CV über die Lage in den unterschiedlichen Gegenden Deutschlands nach 1933 zusammentragen ließ, machte für die Verfasser wie Empfänger vor allem eines deutlich: auch wenn die nichtjüdische Bevölkerung eine kritische Einstellung zu den nationalsozialistischen Machthabern einnahm, leiteten die Berichterstatter des CV keinerlei Erwartungen ab, dass sich etwas an der passiven Haltung der Mehrheitsbevölkerung gegenüber ihren verfolgten jüdischen Mitbürgern ändern würde. Die Ursprünge dieser derart niedrigen Erwartungshaltung gegenüber der nichtjüdischen Bevölkerung begründeten sich jedoch nicht erst in den Erfahrungen nach dem 30. Januar 1933. Denn bereits in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten, während des Krieges wie der Demokratie, gehörten die engen Grenzen der Integration, Akzeptanz und Unterstützung von nichtjüdischer Seite bei der Abwehr des Antisemitismus zum Erfahrungsraum deutsch-jüdischer Vereine und ihrer Mitglieder.